

GOÄ:

Urologen fordern von Montgomery Treuebekenntnis

Köln, Mai 2016. Die niedergelassenen Urologen des Netzwerks Uro-GmbH Nordrhein fordern von BÄK-Präsident Montgomery beim Deutschen Ärztetag in Hamburg eine schonungslose Analyse und Selbstkritik im Rückblick auf die bisherige Verhandlungsführung in der GOÄ-Reform. Zudem sei er als Vertreter der Ärzteschaft bei den künftigen Verhandlungen nur tragbar, wenn er ein eindeutiges Bekenntnis zur Interessenvertretung der selbstständigen Ärzte abgebe. Nur so sei verhinderbar, dass eine Anpassung der GOÄ in Richtung der aktuellen GKV mit allen Nachteilen für die Ärzte erfolgt.

Darüber hinaus erwarteten die nordrheinischen Urologen, dass Montgomery ausstehende Fragen beantwortet, die seit geraumer Zeit in der Ärzteschaft diskutiert werden. Schließlich sei er nach dem Rücktritt von Verhandlungsführer Windhorst die verbliebene Person, die Antworten geben könnte: Was ist eigentlich genau von der Bundesärztekammer bis zum Herbst 2015 verhandelt worden? Wie sind die Vorschläge der Fachverbände von 2011 in die Verhandlungen eingegangen? Warum gibt es bis heute keine begründeten Bewertungsvorschläge der einzelnen Positionen? Wieso wird ein „Korridor“ zur Kostensteigerung vorgesehen? Und wieso stammt die Vorlage vom März dieses Jahres von der PKV und warum wurden die Bewertungen gar von einer Unternehmensberatung im Auftrag der PKV eingearbeitet? Der Deutsche Ärztetag sei für die Antworten die richtige Plattform.

Im Hinblick auf die künftigen Verhandlungen sollten nach Meinung des ärztlichen Geschäftsführers der Uro-GmbH Nordrhein Dr. Michael Stephan-Odenthal die bisherigen Verhandlungen auf null zurückgestellt werden.

Pressekontakt

komm | public! - Romy Robst - Ahornallee 7a - 31303 Ramlingen/Burgdorf
robst@komm-public.de - fon: 05085-98 171-02 – fax: 05085-98 171-01

Direktkontakt

Uro GmbH Nordrhein - Sabine Kapla - Hohenstaufenring 48-54 - 50674 Köln
kapla@frielingsdorf.de - fon: 0221-13 98 36-55 - fax: 0221-13 98 36-65

Auch personelle Ressourcen müssten deutlich aufgestockt werden. „Wir benötigen unbedingt auch die Unterstützung der PVS zur Datensimulation“, unterstreicht Stephan-Odenthal. „Und vor allem braucht die Ärzteschaft Transparenz und eine breite Diskussion über die grundsätzlichen Änderungen in einer GOÄ, auch auf die Gefahr hin, dass die Reform dann länger dauert.“ In einer Reform müssten nach seiner Ansicht vor allem persönlich erbrachte ärztliche Leistungen wie Beratung, Untersuchung, Eingriffe, kosten- und auflagenintensive technische Untersuchungen deutlich höher bewertet werden als heute. Interessenvermengungen der verhandelnden Personen aufgrund verschiedener politischer Ämter wie sie bisher stattgefunden hat, gilt es zudem zu vermeiden.

www.uro-gmbh.de